

Die Flüchtlingswelle wird Deutschland und Europa verändern.
Ob zum Positiven – Negativen ist völlig offen!



Flucht und Asylmigration

Die aktuelle Lage

Kriege und Krisen auf der Welt sind nun auch in Deutschland angekommen.



Wie würdest DU für dich und deine Familie entscheiden?



bleiben – oder gehen?



Wir dürfen nicht die Augen verschließen!



Aylan – mit ihm sind auch alle seine Träume und Wünsche im Mittelmehr ertrunken.



■ Die Internationale Organisation für Migration befürchtet für 2015 bis zu 30.000 Tote in diesem Jahr auf dem Mittelmeer.

Auch Deutsche waren von Flucht und Auswanderung betroffen



Auch Deutsche waren von Flucht und Auswanderung betroffen



Auch Deutsche waren von Flucht und Auswanderung betroffen



Damals

-



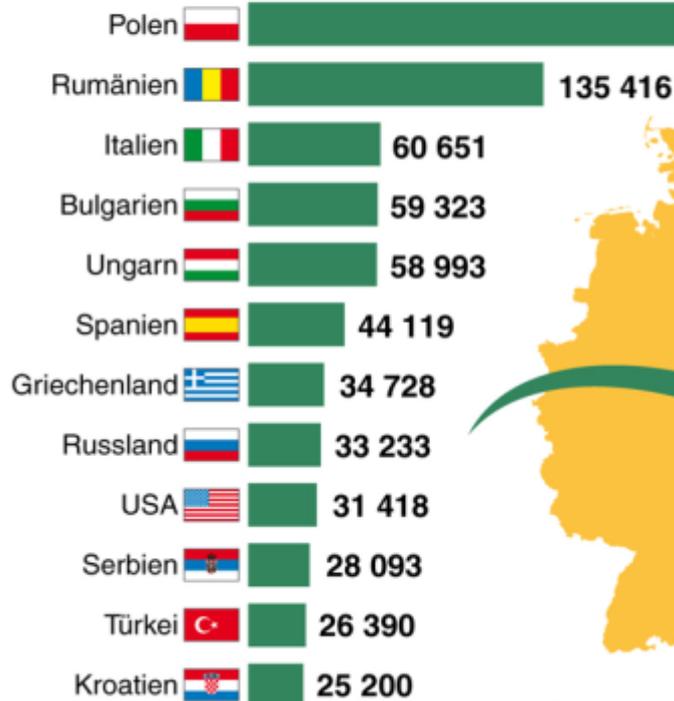
Heute

Zuwanderung – nicht alle bleiben



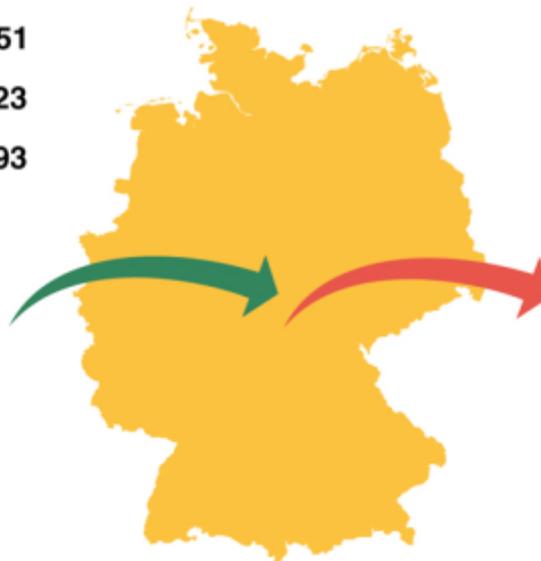
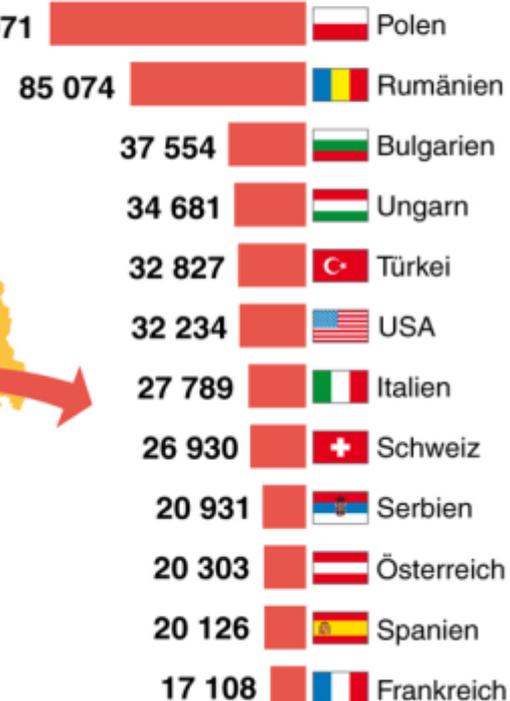
Deutschlands Zu- und Auswanderer: Woher kommen sie? Wohin gehen sie?

Von den rund 1,23 Millionen Menschen, die 2013 nach Deutschland zogen, kamen die meisten aus:



Quelle: Statistisches Bundesamt

Rund 790 000 Menschen verließen 2013 Deutschland. Dies sind die häufigsten Ziele:

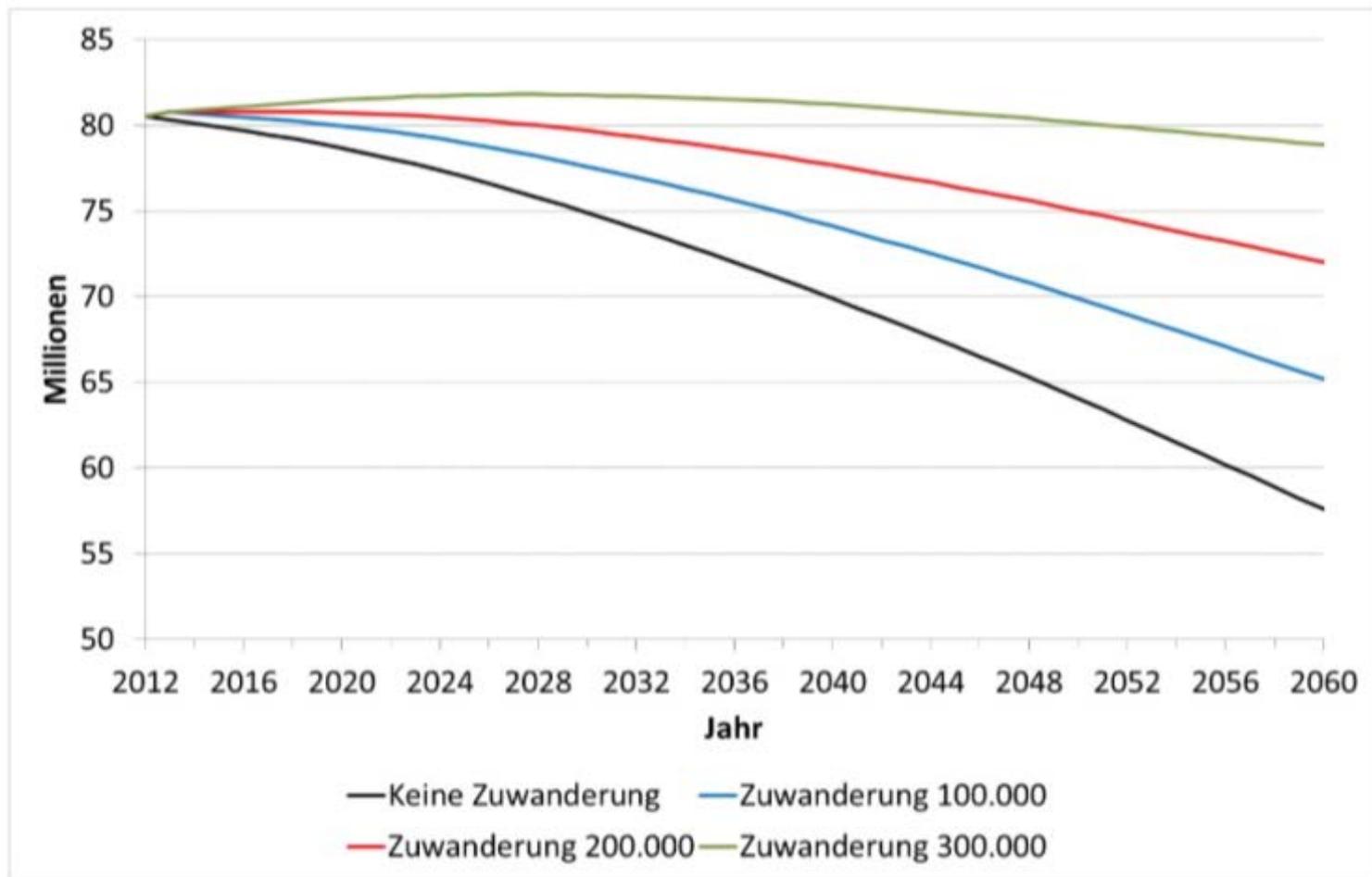


einschließlich Deutsche, die aus dem Ausland zurückgezogen oder ausgewandert sind

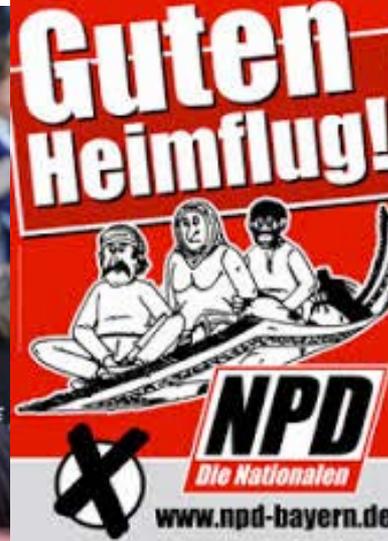
© Globus



Deutschland braucht Zuwanderung

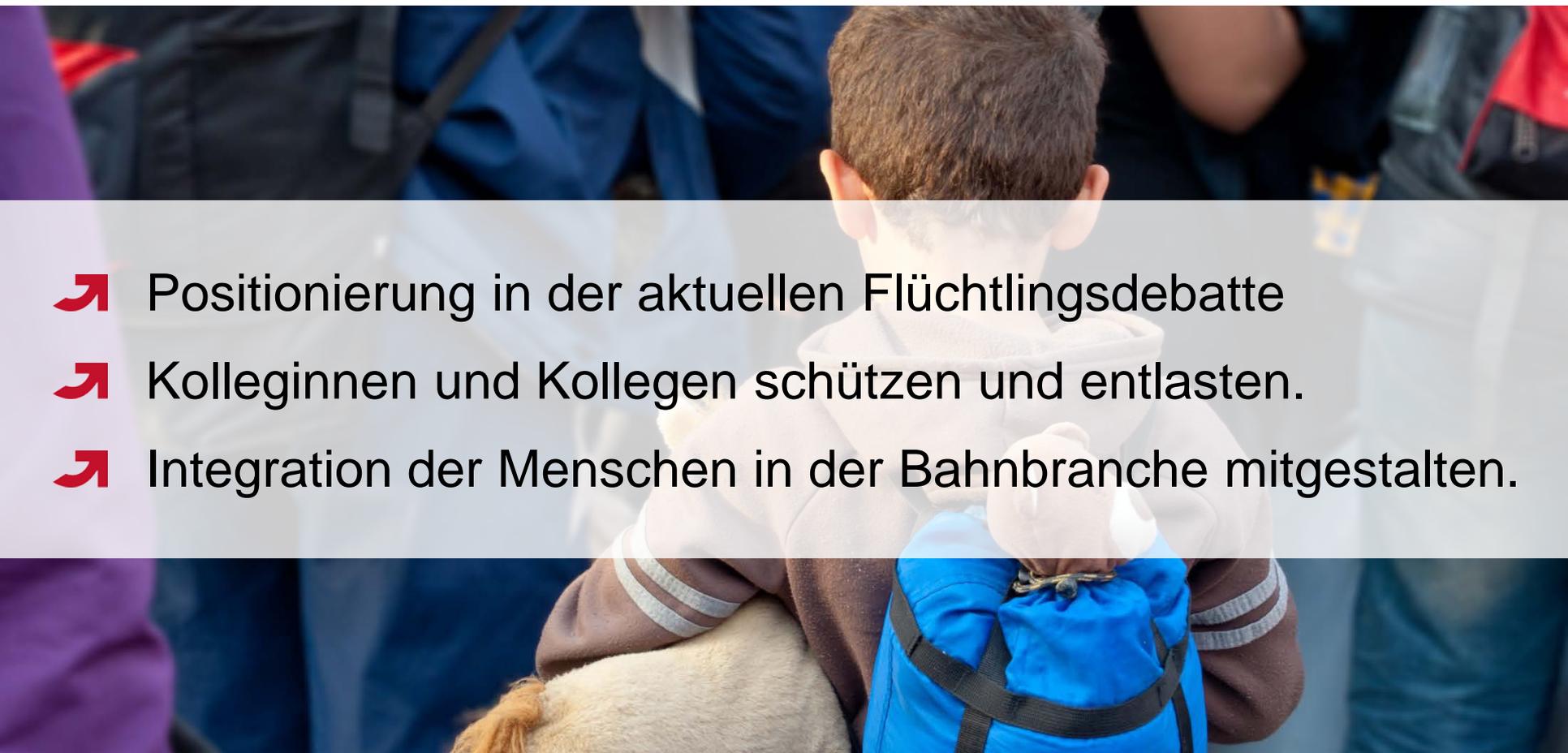


Wir müssen Zuwanderung gestalten und nicht den Rechten überlassen



Handlungsfelder für die EVG



- 
- Positionierung in der aktuellen Flüchtlingsdebatte
 - Kolleginnen und Kollegen schützen und entlasten.
 - Integration der Menschen in der Bahnbranche mitgestalten.

Handlungsfelder für die EVG



Positionierung in der aktuellen Flüchtlingsdebatte

Asylgewähren - Zuwanderung regeln - Integration gestalten

Flucht und Vertreibung als Folge barbarischer Kriege oder gewalttätiger Auseinandersetzungen sind in Deutschland angekommen. Täglich suchen Tausende Schutz in der Bundesrepublik oder reisen durch unser Land, weiter in den Norden Europas. Dabei nehmen sie äußerste Gefahren auf sich und riskieren auf der Flucht oft ihr Leben, um hier in Sicherheit leben zu können.

Humanitäre Fragen lösen

Gewerkschaften setzen sich weltweit für Menschenrechte und Menschenwürde ein. Für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften ist deshalb selbstverständlich: Es ist nicht nur unsere moralische Verpflichtung, sondern auch unsere, schon aus der Genfer Flüchtlingskonvention folgende, rechtliche Verpflichtung, diesen Menschen zu helfen. Wir stellen uns dieser Verantwortung und wollen unseren Teil zur Aufnahme der Flüchtlinge und zur Integration beitragen.

Angesichts des heranziehenden Winters muss die Bewältigung der humanitären Fragen im Vordergrund stehen. Die in Deutschland ankommenden Schutzsuchenden brauchen nach ihrer langen Reise rasch ein festes Dach über dem Kopf. Sie müssen ausreichend mit Nahrung und warmer Kleidung ausgestattet und medizinisch gut versorgt werden.

Wir wissen, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen in der aktuellen Situation tatkräftig an vielen Stellen ehrenamtlich für die Unterstützung der Flüchtlinge einsetzen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, deren Grundverständnis es ist, für die Rechte von Menschen einzutreten, begrüßen dieses Engagement außerordentlich. Das verdient große Anerkennung und Respekt.

Rechtspopulistisches Gedankengut und rechtsradikale Gewalt verurteilen wir auf Schärfe

Wir wissen aber auch, dass Zuwanderung von einigen Kolleginnen und Kollegen auch als Bedrohung empfunden wird. Alles Fremde macht so Manchem erst einmal Angst. Wir begegnen diesen Sorgen mit Verständnis. Aufklärung tut ebenso Not wie die ehrliche Auseinandersetzung mit persönlichen Vorbehalten. Nur wenn wir unsere gegenseitigen Argumente verstehen und uns ernst genommen fühlen, finden wir eine gemeinsame Basis, mit der die Probleme angegangen werden können. Eines bleibt für uns aber völlig klar: Rechtspopulistisches Gedankengut und rechtsradikale Gewalt verurteilen wir aufs Schärfste. Fremdenfeindlichkeit hat in unseren Gewerkschaften keinen Platz. Das Thema Asyl hat viele Facetten - mit unterschiedlichen Sichtweisen und Auffassungen. Jeder soll seine Meinung vertreten, sofern eines uneingeschränkt beachtet wird: Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Das Grundrecht auf Asyl darf nicht in Frage gestellt werden

Weltweit sind derzeit mehr als 56 Millionen Menschen auf der Flucht. Die meisten fliehen vor dem menschenverachtenden Krieg in Syrien. Zuflucht haben viele nicht in Deutschland oder Europa, sondern in ihren unmittelbaren Nachbarländern gefunden.

Die weiterhin ansteigende Zahl der Kriege und gewalttätigen Konflikte ist hierfür ein wesentlicher Grund. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund - aber auch aus den Erfahrungen der deutschen Geschichte mit millionenfacher Flucht und Vertreibung - darf das Grundrecht auf Asyl nicht angefasst werden.

Für uns ist es selbstverständlich, dass Menschen, die aufgrund von kriegerischen Auseinandersetzungen um ihre nackte Existenz fürchten müssen, auch künftig unsere uneingeschränkte Unterstützung verdienen. Limitierungen und Obergrenzen kann es bei dieser Nothilfe nicht geben!

Das Grundrecht auf politisches Asyl und der Schutz von Kriegsgeflüchteten nach der Genfer Flüchtlingskonvention werden auf Dauer aber nur Bestand haben, wenn sie nicht mit den Wanderungsbewegungen zur Arbeitsmigration vermischt werden. Wir fordern die verantwortlichen Politiker auf, die entsprechenden Verfahren zu beschleunigen und für ein geordnetes Verfahren zu sorgen. Nur so wird die hohe Akzeptanz, die politisch Verfolgte und Bürgerkriegsflüchtlinge in unserem Land derzeit genießen, Bestand haben. Abschottung hingegen löst die Probleme nicht: Menschen, die ums Überleben kämpfen, lassen sich weder von Meeren noch von Zäunen aufhalten.

Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz

Armut und soziales Elend sind nach unserem Grundgesetz keine ausreichenden Gründe für die Gewährung von Asyl. Menschen aus armeren Regionen in Afrika oder dem Balkan werden deswegen nicht als Flüchtlinge anerkannt. Sie dürfen nicht in Deutschland bleiben, sie haben keine Chance auf einen legalen Aufenthalt hier. Für den Umgang mit Menschen aus sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“, die weder politisch verfolgt werden noch Flüchtlinge nach der Genfer Konvention sind, müssen Regeln gefunden werden, die diesen eine realistische Chance geben, hier zu leben und zu arbeiten, soweit die Arbeitsmarktsituation nach vorrangiger Berücksichtigung der hiesigen Arbeitslosen und der hier bereits befindlichen politisch Verfolgten und Bürgerkriegsflüchtlinge das zulässt. Deshalb fordern wir ein Einwanderungsgesetz. Ziel müssen dabei klare und transparente Regelungen sein, die illegalität vermeiden und beide Seiten profitieren lassen. Ein Einwanderungsgesetz macht auch deutlich, dass Menschen aus anderen Ländern in Deutschland willkommen sind und hier gebraucht werden. Nicht nur um dem demographischen Wandel und den wirtschaftlichen Entwicklungen auch zukünftig gewachsen zu sein, sondern auch um unser Land zu bereichern und vielfältiger zu machen. Zugleich müssen die Ursachen für Armutszuwanderung in den Herkunftsländern besser bekämpft werden. Dies erfordert unter anderem eine stärkere Entwicklungszusammenarbeit und eine Wirtschaftspolitik der EU und Deutschlands, die nicht zur Zerstörung von Lebensgrundlagen woanders beiträgt.

Unterstützung uneingeschränkt gewähren

Auch zukünftig muss Hilfe uneingeschränkt allen währt werden, die Unterstützung bedürfen. Das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes gilt uneingeschränkt - für Asylbewerber genauso wie auch für all jene, denen wir in Deutschland schon bislang geholfen haben. Neid und Missgunst sind fehl am Platz. Migranten dürfen nicht gegen diejenigen ausgespielt werden, die schon länger in Deutschland leben. Wir setzen uns für gleiche Teilhabechancen und für die Gleichbehandlung bei den Arbeits- und Lebensbedingungen ein - unabhängig von der Staatsangehörigkeit.

Integration gestalten - Chancen nutzen

Damit eine gute Integration gelingen kann, braucht es ein breites Maßnahmenbündel: Sprachkurse, spezielle Bildungsangebote, Aus- und Weiterbildungsplätze, erleichterte Anerkennung von Qualifikationen, früh ansetzende aktive Arbeitsförderung und unkomplizierter Zugang zu Beschäftigung sind nur einige Aspekte. Hierfür muss die Bundesregierung auch die nötigen Mittel rasch und langfristig zur Verfügung stellen - ohne nur auf die „Schwarze Null“ für das nächste Haushaltsjahr zu achten.

Zuwanderung und Integration bieten eine große Chance, die es zu nutzen gilt. Die Bundesrepublik ist schon immer Einwanderungsland gewesen, insbesondere in den 60er-

Jahren, als viele ausländische Arbeitskräfte zu uns kamen. Es hat auch in der Vergangenheit stets großer Kraftanstrengungen bedurft, doch letztlich hat unser Land von der Vielfalt der Menschen, die bei uns Leben wollen, profitiert und seine kulturelle Identität gleichwohl bewahrt. Wir sind fest davon überzeugt: gemeinsam mit der Tal- und Willenskraft unserer neuen, häufig jungen Mitbürgerinnen und Mitbürger werden wir es in Deutschland schaffen, zukünftige Herausforderungen - insbesondere im Zeichen einer alternden Gesellschaft - noch besser zu bewältigen.

Begriffsklärung

Das Asylrecht für politisch Verfolgte ist in Artikel 16 a Abs. 1 des Grundgesetzes geregelt. Art. 16 a regelt im Weiteren auch die Frage, was passiert, wenn ein politisch Verfolgter über einen anderen Staat der EU oder einen anderen so genannten sicheren Herkunftsstaat nach Deutschland einreist.

Bürgerkriegsflüchtlinge fallen in der Regel unter die Genfer Flüchtlingskonvention. Dieses Abkommen ist in Deutschland ebenfalls seit langem geltendes Recht. Es verpflichtet alle beteiligten Staaten, Flüchtlingen aus einer Reihe weiterer Gründe, z.B. wegen rassistischer oder religiöser Verfolgung, Schutz zu gewähren.

Von diesen Zuwanderungsgründen ist Zuwanderung lediglich zur Arbeitsaufnahme oder aus sonstigen Gründen zu unterscheiden. Diese wird nicht vom Grundgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention geregelt, sondern unterliegt verschiedenen anderen Regeln. EU-Bürger können in jedem EU-Mitgliedstaat eine Arbeit aufnehmen und werden mit dessen Bürgern gleichbehandelt. Für Staatsbürger anderer Staaten gelten eine Vielzahl unterschiedlicher europäischer und nationaler Regeln, manchmal auch Verträge zwischen zwei Staaten. Deutschland hat bisher - im Gegensatz zu den meisten anderen Einwanderungsländern - kein Zuwanderungsgesetz, das die Arbeitsmarktzuwanderung aus Drittstaaten klar regelt.



Handlungsfelder für die EVG



Kolleginnen und Kollegen schützen und entlasten

- **Zuwanderung von geschätzt 1 Million Flüchtlingen allein in 2015**
- **Einreise nach Deutschland überwiegend auf dem Schienenweg**
- **Außerordentliche Belastung der Kolleginnen und Kollegen an den „Hotspot“-Bahnhöfen**



Handlungsfelder für die EVG



- Auch die Kolleginnen und Kollegen in den (Flüchtlings-)Zügen stehen einer ganz neuen Dimension von Problemen gegenüber



- Zu wenig Personal
- teilweise unzumutbaren Hygienebedingungen
- Chaotische Einsatzzeiten aufgrund von polizeilichen Registrierungsmaßnahmen
- Unzureichende Aufklärung über den Umgang mit Flüchtlingen
- Angst vor möglichen gewaltsamen Übergriffen

Handlungsfelder für die EVG



Gleichzeitig aber, auch:

- **Gemeinsames Anpacken der Problem, trotz sprachlicher und kultureller Barrieren zwischen Zuwanderern und Einheimischen**
- **Ausgeprägte Willkommenskultur und Hilfsbereitschaft**





Integration der Menschen in der Bahnbranche mitgestalten!

**Einladen der EVG zu
einem
„Runden Tisch“
am 24.09.15
In Frankfurt**

Abellio GmbH
z.H. Herr Stephan Kreuz
Vorsitzender der Geschäftsführung
Friedrichstraße 69
10117 Berlin

AKN Eisenbahn AG
z.H. Herr Dipl.-Kfm. Dipl.-Geogr. Wolfgang Seyb
Vorsitzender
Rudolf-Diesel-Straße 2
24568 Kaltenkirchen

Bahn-BKK
z.H. Hans-Jörg Gittler
Vorsitzender
Franklinstraße 54
60486 Frankfurt am Main

Stiftung Bahn-Sozialwerk (BSW)
z.H. Frau Margarete Zavoral
Geschäftsführender Vorstand
Münchener Straße 49
60329 Frankfurt am Main

Stiftung Eisenbahn-Waisenhort (EWH)
z.H. Frau Margarete Zavoral
Geschäftsführender Vorstand
Münchener Straße 49
60329 Frankfurt am Main

BeNEX GmbH
z.H. Michael Vulpinus
Geschäftsführer
Burchardstraße 21
20095 Hamburg

Deutsche Bahn AG
z.H. Herr Ulrich Weber
Vorsitzender Personal
Potsdamer Platz 2
10785 Berlin

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
z.H. Herr Friedrich W. Gieseler
Vorsitzender
Riehler Str. 190
50735 Köln

Erfurter Bahn GmbH
z.H. Herr Michael Hecht
Geschäftsführung
Am Rasenrain 16
99086 Erfurt

Fonds zur sozialen Sicherung für Arbeitnehmer
der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e.V.
z.H. Herr Adrian Cianca
Geschäftsführer
Niddastraße 98 – 102
60329 Frankfurt am Main

Hessische Landesbahn GmbH
z.H. Herr Veit Salzmann
Geschäftsführer
Am Hauptbahnhof 18
60329 Frankfurt am Main

NBE nordbahn Eisenbahngesellschaft
z.H. Herr Dipl.-Volksw. Andreas Ortz
Geschäftsführung
Grüner Deich 15
20097 Hamburg

NETINERA Deutschland GmbH
z.H. Herr Jost Knebel
Geschäftsführer
Bahnhofplatz 1
94234 Viechtach

Transdev GmbH
z.H. Herr Christian Schreyer
Vorsitzender der Geschäftsführung
Georgenstraße 22
10117 Berlin

Verband Deutscher Eisenbahnfachschulen
z.H. Herr Helmut Jeck
Verbandsvorsitzender
Bahnhofplatz 1
76137 Karlsruhe

Verband Deutscher Eisenbahner-Sportvereine e.V.
z.H. Herr Jürgen Happich
Präsident
Niddastr. 52
60329 Frankfurt

Verband der Sparda-Banken e.V.
z.H. Herr Prof. Dr. Joachim Wuermeiling
Vorsitzender
Hamburger Allee 4
60486 Frankfurt am Main

Umsetzungsvorschlag von VDEF und BSW



„Integrationsprojekt der Eisenbahnbranche“ (Arbeitstitel)

Stand: Oktober 2015

Primäre Themen

R E I H E N F O L G E

- (1) Wohnraum
- (2) Sprache
- (3) Kulturelle Integration
- (4) Alltagsfragen, z.B.
 - Kindergarten, Schule
 - Medizinische Versorgung
 - Einkaufen
 - Geld/Bank
 - Versicherungen
 - Freizeitangebote
 - Sport + Kultur
 - Verkehrsmittel
 - Informationstechnik
 - Behörden

Folgethemen

- Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Integration in den Arbeitsmarkt

Thema „eigene Mitarbeiter“

- „Equipment“ für den Einsatz vor Ort
 - Informationsmaterial
 - Technische Hilfsmittel
 - klare Prozesse und Abläufe
 - Ansprechpartner/Anlaufstellen
- Stress und Belastung
 - Präventions- und Nachsorgeangebote
 - Seelsorge und Fachberatung
- Beratung und Schulung von Führungskräften

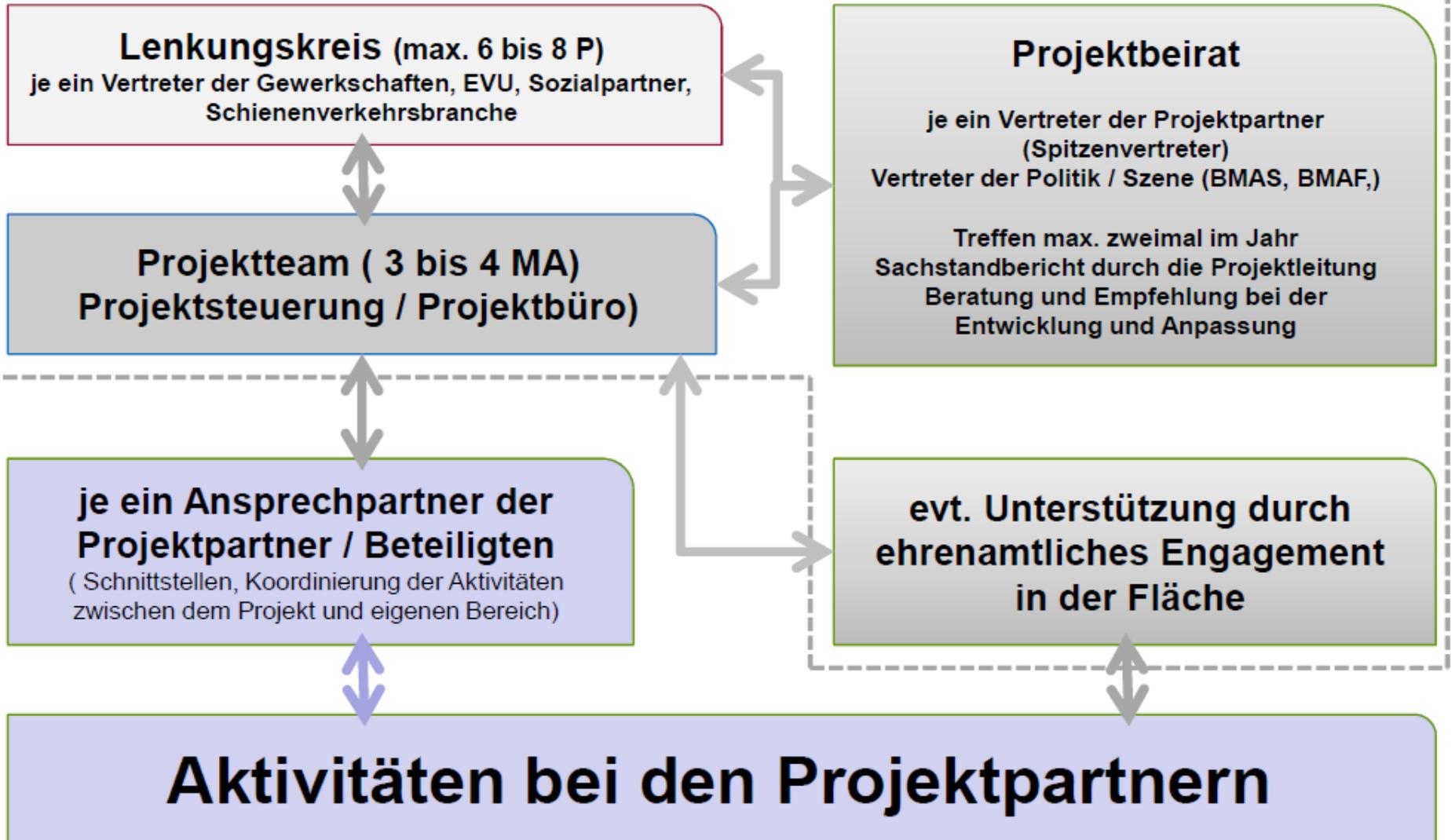
- ❖ Die Projektpartner der Eisenbahnbranche stellen sich ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung in der Flüchtlingsfrage.
- ❖ Durch den Aufbau eines gemeinsamen Netzwerks können Herausforderungen besser bewältigt, Chancen schneller erkannt und Synergien effektiver genutzt werden.
„Gemeinsam schaffen wir mehr als jeder einzeln“
- ❖ Das Projekt hat vornehmlich eine koordinierende, beratende und vernetzende Funktion - es befasst sich in erster Linie damit die laufenden Aktivitäten der Projektpartner zu unterstützen.
Das Projekt nimmt keinen direkten Einfluss auf die Entscheidungen der Projektpartner über deren Engagement in der Flüchtlingsfrage.
- ❖ Das Projekt entwickelt auch eigene Maßnahmen und Projekte und setzt diese um

Hauptaufgabe ist die strategische Koordination möglichst vieler Aktivitäten, Maßnahmen und Projekte der Eisenbahnbranche im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage, insbesondere durch

- die Einbeziehung und Unterstützung der beteiligten Projektpartner
- der Einbeziehung und Unterstützung der eigenen Mitarbeiter
- die effektive Nutzung von Unterstützungsleistungen öffentlicher und privater Institutionen außerhalb des Netzwerkes (Staat, Gesellschaft, kirchlicher Einrichtungen, Unternehmen usw.)

Projektpartner	Aktivitäten/Kompetenz	Unterstützungsbedarf durch Projekt
DB AG		
Transdev		
VDEF		
BSW	<div style="border: 1px solid red; padding: 5px;"> detaillierte Festlegung/Abstimmung erfolgt im Rahmen der Projektarbeit </div>	
EVG		
GDL		
VDES		
Fonds, Fairnessplan		
BAHN BKK		
▪ ▪ ▪		

- Unterstützung der Aktivitäten der einzelnen Projektpartner der Branche- Identifizierung von Schnittstellen und Synergiepotentialen - Herstellung der Kontakte zwischen einzelnen Projektpartner
- Beratung und Unterstützung bei bereits laufenden Maßnahmen
- Dokumentation sämtlicher Aktivitäten der beteiligten Projektpartner . Aufbau und Pflege einer virtuellen Datenbank und Kommunikationsplattform für die Eisenbahnbranche.
- Entwicklung, Organisation und Umsetzung eigener Ideen und Maßnahmen.
- Anlaufstelle für Ideen und Vorschläge - Bewertung der Machbarkeit, Ermittlung der Voraussetzungen und Auswirkungen
- Know-How-Träger für rechtliche, gesellschaftliche und organisatorische Grundlagen im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik - Beobachtung, Analyse und Dokumentation der laufenden Aktivitäten in Deutschland.
- Austausch und Zusammenarbeit mit anderen caritativen Einrichtungen und Sozialträgern.
- Kontaktstelle zu politischen, kirchlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsträgern sowie dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).
- Erstellung von Informationsmaterial, Handlungsanweisung, Hilfestellungen u.ä. für betroffene Mitarbeiter der beteiligten Gesellschaften.
- Bericht an den Lenkungskreis und Beirat



1.) Projektteam / Projektbüro

- **3 - 4 Vollzeitpersonale**
Eine Projektleitung sowie 2-3 Mitarbeiter für die Projektsteuerung / das Projektbüro
- ggfs. zusätzlich 2 Mitarbeiter im Rahmen eines „freiwilligen sozialen Jahres“
(z.B. anerkannte Asylbewerber mit arabischen Sprachkenntnissen)

2.) Material, Equipment, EDV und Informationsmedien Räumlichkeiten, Videokonferenzräume

- Das Projekt wird ausschließlich durch die Fonds soziale Sicherung und Fairnessplan finanziert
- Den Projektpartnern entstehen für die Unterstützung durch das Projekt keine Kosten
- Die Kosten der eigenen Aktivitäten der Projektpartner werden zwar nicht durch das Projekt finanziert ...
- ... das Projektes unterstützt allerdings bei der Identifizierung von alternativer Finanzierungsmöglichkeiten und bei der entsprechenden Beantragung bzw. Organisation

- Abgrenzung zwischen den Projektaktivitäten und einer direkten Stellenbesetzung mit Flüchtlingen im Einzelfall

Variante 1: Projektarbeit unterstützt erst mit Besetzung eines Arbeitsplatzes

Variante 2: Projekt hilft bei der Besetzung freier Plätze mit geeigneten Bewerbern.

Idee: Nutzung des ApS-Jobportals „Schienenjobs.de“ - Erweiterung um Arbeitsplatzangebote für Flüchtlinge

- Möglichkeiten einer Einbindung von Kolleginnen und Kollegen, die privat unterstützen möchten

Idee: Ehrenamtlicher Unterstützerkreis (regionale / örtliche Ausrichtung)

Idee: Einrichtung Spendenkonto (Entscheidung Lenkungskreis !!!) - nicht zur Finanzierung der Netzwerkaufgaben des Projektes, sondern für ausgewählte Unterstützungsmaßnahmen und Hilfsaktionen für Flüchtlinge vor Ort



Aylan hat es nicht geschafft, diese Kinder sind jetzt hier.
Wir haben eine Verantwortung für dieses Kinder!

